ÄA12.1: Leipzig bleibt Friedensstadt – Kein Platz für Rüstungsprofite!

Einreichende: Uwe Fiedler, Jacqueline Görner

Unterstützende: Steffi Deutschmann, Kay Kamieth, Maximilian Lawrence Friedel

Antrag:

Dieser Änderungsantrag zielt auf eine vollständige Ersetzung des ursprünglichen Antrages A12 ab.

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Linke Leipzig lehnt die Ansiedlung des Rüstungskonzerns Covenant und die geplante Produktion des Marschflugkörpers „Anthem“ in Leipzig und Umgebung entschieden ab. Wir beugen uns nicht der vermeintlichen Notwendigkeit von Hochrüstung und Kriegstauglichkeit. Während soziale Sicherungssysteme, Gesundheit, Bildung und kommunale Daseinsvorsorge kaputtgespart werden, fließen Milliarden in die Rüstungsindustrie. Wir lassen nicht zu, dass Leipzig zum Drehkreuz für Waffenproduktion und Rüstungslogistik ausgebaut wird. Es darf in unserer Stadt keine Rüstungsproduktion geben, die völkerrechtswidrige Kriege, Völkerrechtsverletzungen und das weltweite Leid der Zivilbevölkerung befeuert. Wir erteilen jeglicher Politik eine Absage, die bereit ist, solche Offensivwaffen einzusetzen oder kriegerische Gewalt als Mittel der Politik zu nutzen. Städtische Flächen, öffentliche Gelder und die Arbeitskraft der Menschen gehören in die Daseinsvorsorge – nicht in die Produktion von Waffen.

In Umsetzung des Beschlusses des Potsdamer Bundesparteitages vom 21. Juni 2026 „Es reicht! Wir organisieren den Aufstand: gegen Sozialabbau und Militarisierung“ erteilt der Stadtparteitag folgende Arbeitsaufträge und Aufforderungen:

1. Kommunalpolitisches Mandat nutzen: Der Stadtparteitag unterstützt nachdrücklich den Antrag der Stadtratsfraktion (VIII-A-03460) „Stadt des Friedens bleiben – Leipzig darf kein Standort für Rüstungsproduktion werden“. Die Fraktion wird aufgefordert, alle kommunalrechtlichen, planungsrechtlichen und gewerblichen Spielräume auszusschöpfen, um Ansiedlungsanfragen von Rüstungsunternehmen zu unterbinden und die Vergabe städtischer Flächen an die Rüstungsindustrie zu verhindern.

2. Protest auf der Straße und Bündnisarbeit: Der Widerstand gegen aufrüstungsbedingten Sozialabbau und Rüstungsansiedlungen wird auch auf der Straße entschieden. Die Linke Leipzig unterstützt die Aktionen des Bündnisses „Keine Raketenfabrik in Leipzig“. Anknüpfend an die erfolgreiche Unterstützung der Demonstration vom 19. September 2026 solidarisiert sich der Stadtverband mit gewaltfreien Protesten, auch in Formen des zivilen Ungehorsams, gemeinsam mit Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und antifaschistischen Strukturen. Der Stadtvorstand wird beauftragt, eine offizielle Mitwirkung im Bündnis zu prüfen und, sofern politische Übereinstimmung besteht und das Bündnis dies wünscht, umzusetzen.

3. Industrielle Konversion und gewerkschaftliche Verankerung: Gemeinsam mit Beschäftigten und Gewerkschaften müssen Perspektiven für industrielle Konversion entwickelt werden, damit Arbeitsplätze nicht an die Produktion von Rüstungsgütern gebunden werden. Der Stadtvorstand wird beauftragt, im vierten Quartal 2026 das

Gespräch mit den Gewerkschaften (insbesondere dem DGB und der IG Metall), Betriebsräten und Belegschaften im Leipziger Raum zu suchen. Ziel ist eine aktive Industriepolitik, die das Know-how und die Fachkräfte der Region für den Ausbau des ÖPNV, erneuerbare Energien und Medizintechnik nutzt.

4. Aufklärungskampagne und Verankerung im Stadtteil: Der Stadtvorstand wird beauftragt, ab November 2026 eine stadtweite Aufklärungskampagne durchzuführen. An Infoständen, in Haustürgesprächen und auf Nachbarschaftstreffen klären wir über die konkreten Pläne von Covenant (geplanter Produktionsstart Q1 2027) und die Folgen für die Stadtentwicklung auf. Es gilt, den Zusammenhang von aufrüstungsbedingten Kürzungen und den Verschlechterungen im Alltag der arbeitenden Menschen offenzulegen.

5. Schwerpunkt im OBM-Wahlkampf: Der Parteitag empfiehlt dem Stadtvorstand und dem Wahlstab, den Kampf für eine Friedensstadt Leipzig und gegen Rüstungsansiedlungen als zentralen stadtpolitischen Schwerpunkt in den Wahlkampfentwürfen und im OBM-Wahlprogramm zu verankern. In enger Abstimmung mit unserer OBM-Kandidatin Skadi Jennicke tragen wir die Auseinandersetzung in die Stadtgesellschaft und fordern eine klare Absage an Rüstungsinteressen von den Mitbewerbern.

6. Militarisierung nach innen stoppen: Der Widerstand gegen aufrüstungsbedingte Politik richtet sich auch gegen die autoritäre Formierung der Gesellschaft nach innen. Dass der AfD-Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund, Rüstungsproduktion als Hilfsmittel für eine „Remigrations- und Abschiebeoffensive“ bezeichnet hat, zeigt: Aufrüstung verroht die Gesellschaft. Die Linke Leipzig stellt sich Menschen und Initiativen zur Seite, die wegen ihres Engagements gegen Krieg und Aufrüstung von Repression betroffen sind.

7. Überregionale Initiativen: Der Stadtvorstand stimmt sich eng mit den benachbarten Kreisverbänden sowie dem Landes- und Bundesverband ab. Unsere Abgeordneten im Landtag und Bundestag werden aufgefordert, parlamentarische Initiativen einzubringen, um jede öffentliche Förderung, Subventionen und Genehmigungen für die geplante Rüstungsproduktion in Leipzig und Umgebung zu unterbinden.

Begründung:

Kriege werden auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen. Während der Bundeshaushalt massive Steigerungen bei den Rüstungsausgaben vorsieht, werden Schulen, Krankenhäuser, sozialer Wohnungsbau und der öffentliche Nahverkehr kaputtgespart. Diese Politik entzieht den Kommunen die Grundlagen zur Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Knüpfend an unsere Grundsätze stehen wir weiterhin unverrückt für Abrüstung, globale Diplomatie und die mittelfristige Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie.

Anlass: Covenant und der Raum Leipzig - Das US-Start-up Covenant beabsichtigt, ab Anfang 2027 im Raum Leipzig zunächst rund 1.000, im Endausbau bis zu 5.000 Marschflugkörper vom Typ „Anthem“ pro Jahr zu produzieren. Hierbei handelt es sich um eine Offensivwaffe mit hoher Reichweite. Zusammen mit den Ansiedlungsplänen in Sangerhausen (Elbit Systems) und der Nähe zum Flughafen Halle/Leipzig kann eine solche Ansiedlung das Risiko erhöhen, dass unsere Region und ihre kritische Infrastruktur in künftigen Konflikten zum Ziel militärischer Auseinandersetzungen werden.

Soziales statt Aufrüstung & Industrielle Konversion - Dem Argument, Rüstungsproduktion schaffe notwendige Arbeitsplätze, halten wir das Konzept der Konversion entgegen. Mitteldeutschland verfügt über hochentwickelte Kapazitäten insbesondere im Maschinenbau, in der Logistik und der Elektronik. Diese Ressourcen müssen unter anderem für die zivile Daseinsvorsorge, den Klimaschutz und die soziale Infrastruktur eingesetzt werden.

Sicherheit entsteht nicht durch Auf- und Hochrüstung. Sie entsteht durch funktionierende Krankenhäuser, bezahlbaren Wohnraum, soziale Absicherung und eine handlungsfähige Zivilgesellschaft. Die Linke Leipzig verbindet den parlamentarischen Einsatz im Rathaus mit dem Widerstand auf der Straße. Leipzig bleibt Friedensstadt!

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: